



N i e d e r s c h r i f t

**über die 10. Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Jobcenterausschuss
am 11.06.2026**

**Landkreisverwaltung Anhalt-Bitterfeld, Kreistagssitzungssaal, Am Flugplatz 1, 06366
Köthen (Anhalt)**

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:12 Uhr

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 23.04.2026
- 6 Informationen der Verwaltung
- 7 Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
- 8 Bericht zur aktuellen Situation des Katharina Krankenhauses Zerbst
- 9 Bericht zur Hospizarbeit im Landkreis Anhalt-Bitterfeld
- 9.1 Bericht Anhalt-Hospiz Zerbst
- 9.2 Bericht ambulanter Hospizdienst Wolfen e.V.
- 10 Bericht über die Fortschreibung des schlüssigen Konzeptes
- 11 Informationen zu aktuellen Sachständen/Entscheidungen des Jobcenters, insbesondere zu folgenden Themen: Statistik und Umfang von Sanktionen/Stand und Umfänge Weiterbildung/Statistik aktueller Eingliederungszuschüsse und Förderungen von Arbeitgebern
- 12 Behandlung öffentlicher Vorlagen
- 13 Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Öffentlicher Teil

Punkt 1. Eröffnung der Sitzung

Herr Sittig eröffnet als stellvertretender Vorsitzender die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Punkt 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beratungsfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt.
Es sind 8 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

Punkt 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Sittig erklärt zu Tagesordnungspunkt 8 sowie Tagesordnungspunkt 9, dass diese wegen Nichtanwesenheit der geladenen Personen entfallen müssen.

Die Änderungsanträge zur Tagesordnung wurden einstimmig angenommen.

Punkt 4. Einwohnerfragestunde

Es ist kein Einwohner anwesend.

Punkt 5. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 23.04.2026

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 23.04.2026 vorgebracht.

Über die Niederschrift wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Frau Zoschke nimmt Bezug auf Punkt 13 und thematisiert erneut die noch unbeantwortete Frage bezüglich der Laufzeiten für die allgemeine und spezielle Flüchtlingsberatung. Sie betont, dass aufgrund von Fristen eine schnelle Antwort erfolgen muss. Frau Petzhold und Frau Käbisch erklären hierzu, dass diese Frage noch nicht abschließend beantwortet werden kann. Die Frage muss an die Ausländerbehörde weitergegeben werden.

Punkt 6. Informationen der Verwaltung

Es gibt keine Informationen der Verwaltung.

Punkt 7. Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen

Es liegen keine amtlichen Mitteilungen vor.

Punkt 8. Bericht zur aktuellen Situation des Katharina Krankenhauses Zerbst

Punkt 9. Bericht zur Hospizarbeit im Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Punkt 9.1. Bericht Anhalt-Hospiz Zerbst

Punkt 9.2. Bericht ambulanter Hospizdienst Wolfen e.V.

Bericht über die Fortschreibung des schlüssigen Konzeptes

Punkt 10.

Herr Bodendorf hat das Wort und erläutert anhand eines vorliegenden Handouts den aktuellen Stand zur Mietwerterhebung im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Die Fortschreibung des schlüssigen Konzepts für die KdU-Richtwerte erfolgt nach 2 Jahren, um die Aktualität sicherzustellen.

In einer anschließenden Diskussion wurden Detailfragen zu den Fallzahlen, Fristen und der Methodik geklärt:

Herr Sittig erfragt, wieviel Prozent der Bedarfsgemeinschaften im Vergleichsraum 1 5-Personen-Haushalte sind und in wie vielen Fällen muss hier pro Jahr eine Einzelfallberechnung erfolgen?

Dazu wird mitgeteilt, dass die Fallzahlen insgesamt überschaubar sind. Konkrete Prozentzahlen können zum aktuellen Zeitpunkt jedoch nicht genannt werden. Des Weiteren wird mitgeteilt, dass die Beschlussempfehlung derzeit noch nicht vorliegt, daher wird als Termin einer Sondersitzung des Ausschusses der 09.07.2026 vorgeschlagen.

Frau Zoschke äußert, dass sie bezüglich der Wohnungszuschüsse und der Unterschiede zwischen Vergleichsraum 2 und 3 besorgt ist. Zudem sieht sie das Thema Wohnungsverwaltung als kritischen Punkt. Sie erfragt, ob die Vertreter der Wohnungsverwaltung insgesamt ausreichend involviert sind, um den Erfolg des Verfahrens zu sichern.

Herr Bodendorf teilt dazu mit, dass ein guter Austausch mit der Wohnungsverwaltung besteht. Da das Verfahren jedoch vorgegeben ist, hat die Wohnungsverwaltung nur einen geringen Anteil an der aktiven Mitwirkung.

Hinsichtlich der Wohnungsgrößen wird auf die landesrechtlichen Regelungen der Wohnungsgrößenklassen verwiesen, wodurch diese fest vorgegeben sind. Da Bautyp und Baustil nicht beeinflussbar sind, kann eine Zuordnung hier nicht aktiv gestaltet werden.

Herr Heeg geht auf die preislichen und größenspezifischen Unterschiede innerhalb der Vergleichsräume ein. Für die Beschlussfassung wünscht er, dass die Prozentzahlen sowie die genaue Quelle des landesweiten Mietindexes ausgewiesen werden. Zudem bittet er, die privaten Vermieter ebenfalls zu berücksichtigen.

Herr Bodendorf teilt dazu mit, dass die strukturellen Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Wohnungen bekannt sind. Dass die Vergleichsräume entsprechend groß gefasst werden müssen, wird vom Bundessozialgericht (BSG) als Kompromiss in Kauf genommen. Bezüglich der Datenerhebung bzw. Mietwerterhebung werden die institutionelle und die private Wohnungswirtschaft im exakt gleichen Umfang einbezogen. Als eine der letzten Forderungen des BSG wurde zudem vereinbart, dass eine entsprechende Gewichtung der Daten stattfindet.

Punkt 11. Informationen zu aktuellen Sachständen/Entscheidungen des Jobcenters, insbesondere zu folgenden Themen: Statistik und Umfang von Sanktionen/Stand und Umfänge Weiterbildung/Statistik aktueller Eingliederungszuschüsse und Förderungen von Arbeitgebern

Frau Käbisch geht punktuell auf den Monatsbericht ein. Sie hebt hervor, dass die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aufgrund von Rentenabgängen weiterhin sinke, was die Auszahlungen reduziere. Die aufgeführten Einnahmen stünden dem Landkreis nicht zur Verfügung, da es sich um durchlaufende Posten handele. Bei den Kosten der Unterkunft (KdU) seien befürchtete überplanmäßige Ausgaben ausgeblieben, die Kosten seien aktuell rückläufig, was auch am geringen Zuwachs ukrainischer Geflüchteter liege.

Besorgniserregend sei die Situation bei den unter 25-jährigen Leistungsberechtigten. Von 1.274 Personen hätten 1.226 keinen Berufs- und 855 keinen Schulabschluss. Bei den über 25-Jährigen besitze knapp die Hälfte keinen Berufsabschluss.

Abschließend weist sie auf die gesetzliche Änderung der stufenweisen Sanktionierung ab dem 01.07.2026 hin. Demnach könne bereits bei der ersten Pflichtverletzung direkt mit 30% sanktioniert werden (statt wie bisher mit 10%). Eine zweite Pflichtverletzung führe zu einer

Kürzung von 100%, die auch die KdU einschlieÙe. Wie die Sozialgerichte diese Neuerung bewerten, bleibe abzuwarten.

Auf Nachfrage von Frau Zoschke zu den Einsparungen durch Sanktionen und Frau Führer zur Handhabung von Probetagen bei Arbeitsangeboten teilt Frau Käbisch folgendes mit:

Eine manuelle Auswertung der Beträge sei mangels Kapazitäten nicht möglich, da keine automatisierte Erfassung erfolge. Zudem sei ein vollwertiges Arbeitsverhältnis mit Arbeitsvertrag zwingend Voraussetzung für eine Sanktionierung; ein Probetag reiche hierfür nicht aus.

Punkt 12. Behandlung öffentlicher Vorlagen

Es gibt keine öffentlichen Vorlagen.

Punkt 13. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Herr Sittig greift den Termin vom 09.07.2026 nochmals auf und erkundigt sich nach bestehenden Klärungsbedarf.

Herr Heeg fragt an, ob die in der heutigen Sitzung entfallenen Tagesordnungspunkte auf die Agenda der kommenden Sitzung am 09.07.2026 gesetzt werden können.

Dies wird durch Herrn Sittig bestätigt.

gez. Sittig
Stellvertretender Vorsitzender des Sozial-, Gesundheits- und
Jobcenterausschuss

gez. Berger
Protokollantin